



FDP-Fraktion | 01.04.2013 - 02:00

BRÜDERLE-Interview mit Focus online

BERLIN. Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Rainer BRÜDERLE gab dem "FOCUS online" (heutige Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte Martina FIETZ:

Frage: SPD und Grüne setzen im Wahlkampf auf die Debatte um soziale Gerechtigkeit. Darum wollen sie den Spitzensteuersatz von 42 auf 49 Prozent erhöhen. Die Botschaft, dass die finanziell Starken mehr für den Staat tun sollen, könnte verfangen. Wie gefährlich wird das für Schwarz-Gelb?

BRÜDERLE: Diese Herausforderung nehme ich gerne an. 1,6 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, stabiles Wirtschaftswachstum, steigende Reallöhne, weniger als drei Millionen Arbeitslose, 13 Milliarden Euro mehr für Bildung und Forschung und ein strukturell ausgeglichener Bundeshaushalt sind die besten Beweise, dass soziale Gerechtigkeit nichts, aber auch gar nichts mit höheren Steuern zu tun hat.

Frage: Die Opposition argumentiert, der Staat sei unterfinanziert….

BRÜDERLE: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat durch Konsolidieren, Investieren und Entlasten die Weichen neu gestellt. Damit sorgen wir für ein breites Fundament in unserer Sozialen Marktwirtschaft, schaffen Teilhabechancen, setzen auf Leistungsgerechtigkeit und sichern die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Denn auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen. Wohin der Steuererhöhungswahnsinn von Rot-Grün führt, kann jeder zurzeit in Frankreich am lebenden Modell beobachten: Mehr Arbeitslose, weniger Wachstum, mehr soziale Ungerechtigkeit. Die Wählerinnen und Wähler haben am 22. September also eine klare Alternative.

Frage: Selbst in der CDU gibt es Stimmen für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes. Die saarländische Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer plädiert sogar für 53 Prozent.

BRÜDERLE: Wir arbeiten gut und erfolgreich mit der Union zusammen und Deutschland geht es gut. Wo manche in der Union irrlichtern, sind wir Liberalen der Kompass der Sozialen Marktwirtschaft. Mit uns wird es keine Erhöhung der Einkommensteuer geben, denn sie ist für viele in Handwerk, Mittelstand und Freien Berufen die Unternehmenssteuer. Wir wollen den Mittelstand stärken und ihm nicht wie Rot-Rot-Grün das Kreuz brechen. Wer hier Hand anlegt, gefährdet Deutschlands Erfolg der letzten vier Jahre.

Frage: Wie sicher sind Sie, dass der Sozialflügel der Union angesichts der Forderungen von SPD und Grünen nicht schwach wird?

BRÜDERLE: Ich kann bisher nicht feststellen, dass es für den abenteuerlichen Vorschlag aus dem Saarland großen Beifall in der Union gegeben hätte. Ganz im Gegenteil. Aber auch hier sei klar gesagt. Eine starke FDP im nächsten Deutschen Bundestag ist die beste Garantie gegen wahnwitzige Steuererhöhungstheorien und Allmachtphantasien des Staates.

Frage: Könnte es sein, dass Union und SPD sich auf eine Anhebung des Spitzensteuersatzes verständigen, um im Gegenzug die so genannte Kalte Progression zu bekämpfen, was Rot-Grün derzeit im Bundesrat blockiert?

BRÜDERLE: Dass sich die selbsternannte Arbeitnehmerpartei SPD gegen die Absenkung der Kalten Progression stellt, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Mit wehenden roten Fahnen für Lohnerhöhungen zu kämpfen und dann eiskalt durch Steuern die Mitte wieder abzukassieren, das hat nichts mehr mit der traditionsreichen Sozialdemokratie zutun. Hier merkt man, dass sich Grüne und SPD von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt haben. Der Staat hat Dank der fleißigen Menschen, aber auch der klugen Politik der christlich-liberalen Koalition Rekordsteuereinnahmen. Wir wollen ab 2016 sogar Überschüsse im Bundeshaushalt erwirtschaften. Die weitere Entlastung der Mitte, auch durch den Abbau des Solidaritätszuschlages, ist ein Gebot der Fairness. Die Menschen, die Kinder erziehen, sich um die Familie kümmern, fleißig zur Arbeit gehen und sich in der und für die Gesellschaft einsetzen, sind bei Rot-Rot-Grün die Gekniffenen.

Frage: Halten Sie das Steuerkonzept der SPD für durchdacht? Steinbrück hatte ursprünglich über Belastungen der Steuerzahler nicht reden wollen…

BRÜDERLE: Lassen Sie es mich so sagen: Mit diesem Konzept wird Deutschland völlig falsch aufgestellt. Das ist so wenig durchdacht, als wenn Jogi Löw Manuel Neuer in den Sturm und Mario Gomez ins Tor stellen würde. Mit diesem 40 Milliarden-Euro-Belastungsprogramm würden Peer Steinbrück und die SPD aus dem Tabellenführer Deutschland innerhalb eines Jahres einen Abstiegs Kandidaten machen. In den letzten vier Jahren hat die christlich-liberale Koalition deutlich gemacht, dass man auch ohne Steuererhöhungen einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen und trotz Ausgabenkürzungen die soziale Balance wahren kann.

Frage: Halten Sie Peer Steinbrück angesichts seiner früheren Politik für überzeugend, wenn er nun für Steuererhöhungen eintritt?

BRÜDERLE: Das Wahlprogramm der SPD macht eines deutlich: Aus Peer Steinbrücks Beinfreiheit ist längst eine Fußfessel von Andrea Nahles geworden. Überzeugend geht sicherlich anders. Herr Steinbrück hat als Landes- und Bundesfinanzminister sowie als Ministerpräsident nur riesige Schuldenberge hinterlassen. Seine Bilanz spricht nicht für ihn.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/bruederle-interview-mit-focus-online#comment-0>